

# SPREEZEITUNG

STARTSEITE POLITIK INTERVIEWS WIRTSCHAFT KULTUR

ABONNIEREN

Montag, 19. Juni 2017

Redaktion Spreezeitung / 15. Juni 2017 / Keine Kommentare

## NGOs wollen tausende Lobby-Papiere öffentlich machen

Die Transparenzorganisationen [abgeordnetenwatch.de](#) und [fragdenstaat.de](#) wollen mit Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern tausende bislang unveröffentlichte Lobby-Papiere transparent machen. „Wir wollen herausfinden, ob Lobbyisten indirekt an Gesetzestexten mitgeschrieben haben“, so [abgeordnetenwatch.de](#)-Geschäftsführer Gregor Hackmack.

Gefällt mir 78

Tweet

G+1 2



Die Allgemeinheit hat ein Recht auf Transparenz in der Politik. (Foto: Clipdealer.de)

Am heutigen Donnerstag präsentierten die beiden NGOs auf dem [GlaeserneGesetze.de](#) mehr als 17.000 Fälle, in denen die Bundesregierung Konzerne, Verbände und Organisationen um eine Bewertung ihrer geplanten Gesetzentwürfe gebeten hatte. Diese Dokumente können Bürgerinnen und Bürger nun mit wenigen Klicks bei den Ministerien anfordern und dann der Allgemeinheit zugänglich machen. Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Transparenzaktion „GlaeserneGesetze.de“ finden Sie [HIER](#).

*„Konkret geht es um die Frage: Hat die Bundesregierung Forderungen von Lobbyisten in ihre Gesetzentwürfe übernommen oder sogar wörtlich kopiert?“*

so Hackmack. Immer wieder hat es in der Vergangenheit Hinweise darauf gegeben, dass Interessenvertreter an Gesetzen mitwirken.

*„Wenn Lobbyisten im Verborgenen politische Entscheidungen beeinflussen, dann höhlt dies unsere Demokratie aus! Um Einflussnahme öffentlich zu machen, braucht es endlich ein verbindliches Lobbyregister und den ‚legislativen Fußabdruck‘,“*

erläutert Hackmack.

### Hintergrund der Aktion

Zum Hintergrund der Aktion #GläserneGesetze: Wenn die Bundesregierung ein neues Gesetz auf den Weg bringt, gibt sie in aller Regel Verbänden, Unternehmen und Organisationen in einem sehr frühen Stadium Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme. Da diese Papiere nur äußerst selten öffentlich werden, weiß niemand, ob Forderungen oder gar konkrete Formulierungen aus den Stellungnahmen in den späteren Gesetzestext einfließen.

*„Die Bundesministerien könnten die Lobbyisten-Stellungnahmen von sich aus öffentlich machen, doch das tut sie leider nur in Ausnahmefällen. Deswegen müssen*

**Unser aktuelles Schwerpunktthema:**  
**Bedingungsloses Grundeinkommen:**  
**[Beiträge auf einen Blick](#)**

### Redaktion Spreezeitung

**S** SPREEZEITUNG ist ein unabhängiges Online-Magazin. Das Magazin bietet Hintergrundberichte, Kommentare und Betrachtungen zu den Themen Politik, Wirtschaft & Gesellschaft sowie Interviews mit Unternehmern, Politikern, Managern, Journalisten, Medien-Experten und Wissenschaftlern. Sie haben Fragen und Anregungen? Schreiben Sie uns: [redaktion\(at\)spreezeitung.de](mailto:redaktion(at)spreezeitung.de).

[Artikel](#)

### Artikel

Aktuell	Beliebt	Kommentare
Debatte zum Armuts- und Reichtumsbericht wird zur Farce Redaktion Spreezeitung - Kein Kommentar		
NGOs wollen tausende Lobby-Papiere öffentlich machen Redaktion Spreezeitung - Kein Kommentar		
Offener Brief eines Polizisten zum G20-Gipfel in Hamburg Redaktion Spreezeitung - 1 Kommentar		
EZB sagt niedrigeren Leitzinsen adieu Dr. Alexander Krüger - Kein Kommentar		
Elton John mit „Wonderful Crazy Night“ Tour in Berlin Redaktion Spreezeitung - Kein Kommentar		
Scheinheiligkeit als größte Blase des 21. Jahrhunderts Ursula Pidun - 1 Kommentar		

wir Bürgerinnen und Bürger nun mit Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz für Transparenz sorgen,“

HOME KONTAKT IMPRESSUM RSS

so Arne Semsrott, Projektleiter bei fragdenstaat.de

SPREEZEITUNG.de

↑ SPREEZEITUNG.DE

Diese Anfragen können mit wenig Aufwand unter GlaeserneGesetze.de gestellt werden. Eine Umfrage von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) unter den 14 Bundesministerien und dem Bundeskanzleramt hatte im November 2016 ergeben, dass lediglich das Haus von Justizminister Heiko Maas Lobbyisten-Stellungnahmen im Internet veröffentlicht. Zehn Ministerien sowie das Kanzleramt teilten dagegen mit, dass sie keine Stellungnahmen öffentlich machten ([zu den Umfrageergebnissen](#)).

„GlaeserneGesetze.de ist die mit Abstand größte Transparenz-Mitmachaktion zum Informationsfreiheitsgesetz“,

führt Arne Semsrott weiter aus. Über [www.glaesernegesetze.de](http://www.glaesernegesetze.de) können weit mehr als 17.000 Anfragen auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) gestellt werden. Das IFG erlaubt jeder und jedem, amtliche Dokumente von einer Behörde anzufordern.

### Umfassende Übersicht zu Interessenvertretern

Mit GlaeserneGesetze.de gibt es erstmals eine umfassende Übersicht darüber, welche Interessenvertreter von der Bundesregierung im Vorfeld um eine Bewertung eines Gesetzesvorhaben gebeten wurden. Aus den Daten lässt sich beispielsweise herauslesen, ob ein Ministerium bei einem Gesetz in gleicher Weise an einer Rückmeldung von Unternehmensverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen gelegen war, oder ob die Bitte um Stellungnahme ungleich verteilt war.

Für GlaeserneGesetze.de gibt es ein erfolgreiches Vorbild. 2016 hatten [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) und [fragdenstaat.de](http://fragdenstaat.de) mit einer ähnlichen Aktion die Veröffentlichung tausender Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages bewirkt. Die Aktion unter dem Namen [FragDenBundestag.de](http://FragDenBundestag.de) war im November mit dem Medienprojektpreis der Otto Brenner Stiftung ausgezeichnet worden. Bei [FragDenBundestag.de](http://FragDenBundestag.de) ging es seinerzeit um rund 4.000 Gutachten.

**Folgen Sie Spreezeitung auf Facebook**, um keine spannenden Artikel zu verpassen.

Per E-Mail empfehlen:



### Schreibe einen Kommentar

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind mit markiert.

**Kommentar**

**Name**

**E-Mail**

**Website**

**Kommentar abschicken**